

VORWORT

Hamburg hat 1966 ein Polizeigesetz für die gesamte Hamburger Verwaltung erlassen. Dieses Gesetz wurde 1991 im Zusammenhang mit dem Erlass des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei, in größerem Umfang novelliert. Neue Rechtsprechung zur Wesentlichkeitstheorie, zum Verhältnis von Generalklausel und Standardmaßnahmen, zur Dauer des Polizeigewahrsam und die nicht endende Diskussion um den in Hamburg nicht geregelten finalen Rettungsschuss, machten in 2005 eine erneute Novellierung des Polizeigesetzes erforderlich. Zeitgleich wurde das Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei novelliert.

Ziel war es, die Gesetze den aktuellen Bedürfnissen einer effektiven Gefahrenabwehr anzupassen, die Eingriffsgrundlagen für die Polizei zu verbessern um so mehr Rechtssicherheit für die Polizei und die Betroffenen zu schaffen. Trotz der weitgehenden und weitreichenden Veränderungen, ist es jedoch immer noch nicht gelungen ein einheitliches Ganzes zu schaffen.

In der Kommentierung versuchen wir, den aktuellen Herausforderungen an das Polizeirecht durch Verbindung von Praxis und Wissenschaft gerecht zu werden. Dabei haben wir die verfassungsrechtlichen Probleme des Polizeirechts herausgestellt und die gesetzlichen Bestimmungen mit Hilfe juristischer Methoden erläutert. Dies führte gewollt auch zu Ergebnissen, die in der Praxis als unerwünscht erachtet werden. Bei der Kommentierung haben wir gespürt, dass der politische Druck auf die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit des Staates in Folge der Anschläge vom 11. September 2001 zugenommen hat und ältere Fragestellungen nach Art und Weise des Polizeirechts in Frage gestellt wurden. Einzelne Änderungen werfen daher die Frage nach der Erforderlichkeit, bei deutlicher Nähe zum unnötigen Aktionismus auf.

Da nach unserer Auffassung das Polizeirecht eine zentrale Materie des Rechtsstaates ist und bestimmt welche Eingriffe der Bürger aus Gründen des Gemeinwohls hinnehmen muss, bedarf es einer verfassungskonformen und grundrechtsschonenden Anwendung.

Erstaunt haben uns die neuen vielfältigen Fragestellungen innerhalb des weitgehend erforschten Polizeirechts. Wir haben uns bemüht, dazu Antworten zu finden und Denkanstöße zu geben.

Für Anregungen sind wir dankbar.

Bad Honnef, im Januar 2007

Prof. Dr. Karlheinz Merten
Dr. Heike Merten

ZUR BEARBEITUNG

Bei einer Kommentierung, die unter mehreren Autorennamen erscheint, liegt die Frage nahe, welcher Autor welche Bestimmung kommentiert hat. Wir können die Frage deshalb nicht beantworten, weil wir jeweils mehrere Fassungen erarbeitet und dann erst in der Diskussion die Endfassung gefunden haben. Schließlich haben wir die Arbeit gemeinsam redigiert und so ein Gemeinschaftswerk geschaffen.

Wir hoffen, dass Sie mit der Kommentierung ein hilfreiches Arbeitsmittel, das anregt und zur Problemlösung beiträgt, an die Hand bekommen.